

Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Vierteljährlicher Abonnementpreis 0,75 M.;
bei freier Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pf. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine
(Hilfs-Vorstand)
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/223.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsamt, 25 Pf., Familienamt, 15 Pf.,
Vereinsamt, 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/223.
Fernsprecher: Amt Alexander, Nr. 4720.

Nr. 25/26.

Berlin, Sonnabend, 27. März 1915.

Seibensundvierzigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis:

Kriegssozialpolitik. — Die Aufbietung des wirtschaftlichen Landturnms. — Konsumten und wirtschaftliche Disziplin. — Allgemeine Handbuch. — Antiklerikal. — Aus dem Verbands. — Literatur. — Anzeigen.

Kriegssozialpolitik.

Von neuem hat der Reichstag in seiner letzten kurzen Tagung gezeigt, wie einmütig das deutsche Volk ist in dem festen Willen, durchzuhalten bis zum endgültigen Siege. Trotz der Fülle des vorliegenden Beratungstoffes war es deshalb möglich, in drei Tagen alles zu erledigen, was der Augenblick erforderte. Allerdings hatte die erweiterte Budgetkommission gute Vorarbeit geleistet. In ihr lag sozusagen der Schwerpunkt der Beratungen, so daß ihre Beschlüsse fast durchweg vom Reichstage gutgeheißen wurden.

Uns interessieren als Arbeiterorganisation in erster Linie die auf sozialpolitischem Gebiete getroffenen Maßnahmen. Zur Volksernährung wurde ein Antrag angenommen auf Befestigung von Wäldern, auf Maßnahmen zur Preisregelung von Brot, Mehl und Kartoffeln, zur Sicherung von Gerste und Malz für die menschliche Ernährung und auf weitere Einschränkung der Bier- und Branntweinproduktion.

Sodann zeitigte die Frage des Arbeitsnachweises eine rege Aussprache. Grundlage für die Beratungen waren die von den Arbeiterorganisationen gemeinschaftlich eingereichten Leitsätze, gegen die vom Staatssekretär Dr. Debrück verschiedene Bedenken erhoben worden waren. Von anderer Seite bestritt man einen Zwang, der auf die Arbeitgeber und Arbeitnehmer durch die angeregte Regelung ausgeübt werden könnte. Auch wurde ein Eingriff in die Nachweiseinrichtungen der Tarifgemeinschaften für unerwünscht erklärt. Trotzdem einigte man sich schließlich auf einen Antrag, der die von den Arbeiterorganisationen vereinbarten Leitätze befürwortete.

Einem anderen Antrage gemäß soll die Wohnhilfe allgemein gewährt werden, wenn der Ehemann bei Ausbruch des Krieges ein Einkommen von weniger als 2500 Mf. bezogen hat, oder wenn der Ehemann bei Eintritt in den Kriegsdienst als selbständiger Gewerbetreibender oder als Landwirt regelmäßig nicht mehr als zwei Lohnarbeiter beschäftigt hat. Weiter wurde eine Ausdehnung der Wohnhilfe auf die Wöchnerinnen solcher versicherungsberechtigter Kriegsteilnehmer in Aussicht gestellt, welche infolge des Krieges aus einer Krankenkasse ausgeschieden sind und von dem Rechte der Weiterversicherung keinen Gebrauch gemacht haben.

Dem Bundesrat als Material überwiesen wurden verschiedene Anträge auf Unterstützung von Familien in den Dienst eingetretener Mannschaften. Die „Bedürftigkeit“ als Voraussetzung für die Unterstützungen soll beschränkt, der Unterstützungssatz erhöht, der Kreis der Berechtigten erweitert und gegen die Entscheidung der Pensionsverbände noch ein Rechtsmittel an eine höhere Instanz gewährt werden. Auch sollen die während der Wintermonate gewährten höheren Unterstützungssätze für die Sommermonate nicht herabgesetzt werden.

Bemerkenswert sind auch einige Momente aus den Beratungen über das Lieferungswesen, bei dem sich bekanntlich mannigfaltige Mißstände herausgestellt haben. Anerkannt wurde dabei die Entschiedenheit, mit der die Militärbehörde an vielen Stellen Landrückereien in Betrie-

ben, die Militärlieferungen erhalten haben, entgegengetreten sei. Bei dieser Gelegenheit wurde der Wunsch ausgesprochen, daß manche der Erwerbslosen der Kriegszeit in späterer Friedenszeit erhalten bleiben mögen. Bei der Frage der Beschäftigung der Kriegsgefangenen und ihrer Entlohnung wurde mitgeteilt, daß in Moorulturen, bei Bahnbauten, in der Landwirtschaft usw. in großer Zahl Kriegsgefangene beschäftigt würden, grundsätzlich aber nur dort, wo Angebote von anderen Arbeitskräften nicht vorliegen.

Einen breiten Raum sowohl in den Verhandlungen der Kommission wie im Reichstage selbst nahm die Fürsorge für die Kriegsinvaliden und die Hinterbliebenen der Gefallenen ein. Allerdings wurde zum Ausdruck gebracht, daß dies eine vornehmliche und heilige Pflicht des Reiches sei, die unabhängig von jedem Parteistandpunkt erfüllt werden müsse. Meinungsverschiedenheit bestand in der Hauptsache darüber, ob die Neuregelung des gesamten Versorgungswesens noch während des Krieges in Angriff zu nehmen sei, oder ob man damit bis nach dem Friedensschluß warten müsse. Beschlüsse wurden, den dringendsten Notständen schon jetzt auf dem Gesehwege zu begegnen. Deshalb soll sogleich die gesetzliche Umänderung der Hinterbliebenenversorgung unter Berücksichtigung der Rente nach dem letzten Einkommen des Gefallenen in Angriff genommen werden und die Kriegsinvalidenversorgung nach dem Kriege ihre Regelung finden.

Zu einer sehr interessanten Aussprache führten die vorliegenden Anträge über das Vereinsrecht und die Behandlung der Arbeiterorganisationen als politische Vereine. Wir können im einzelnen darauf nicht eingehen. Hervorheben aber möchten wir die Anerkennung, die die Tätigkeit der Organisationen allerseits gefunden hat, und die dazu führte, daß selbst der Staatssekretär Dr. Debrück die Wichtigkeit betonte, daß in weiten Kreisen die Erkenntnis zum Durchbruch käme, daß die Organisationen wirtschaftlich notwendige Einrichtungen seien, daß sie während des Krieges ihre Mittel und Einrichtungen in ganz besonderer Maße in den Dienst der vaterländischen Interessen gestellt hätten und daß sie dementsprechend in der Verwaltungspraxis zu behandeln seien. Das schließt nicht aus, daß nach dem Kriege auch einer gesetzgeberischen Regelung der Gewerkschaftsfrage nähergetreten und dabei auch die Stellung der Arbeiterorganisationen zum Vereinsgesetz von neuem geprüft werde. Unter „gesetzgeberischer Regelung“ in diesem Sinne versteht der Staatssekretär die Verleihung der Rechtsfähigkeit, für die er aber nur zu haben ist, wenn den Organisationen gewisse Schranken insofern gezogen werden, daß sie ihre Mittel und ihren Einfluß nicht für Zwecke verwenden, für die sie nicht bestimmt seien. Das Ergebnis dieser Beratungen war die Annahme eines Antrages auf Schaffung eines Notvereinsgesetzes, dessen wichtigste Bestimmungen die Streichung des viel umstrittenen Sprachparagrafen und der Vorchrift sind, daß Revisionen unter 18 Jahren nicht Mitglieder von politischen Vereinen sein dürfen. Sehr wichtig ist ferner der zum Absatz 1 des § 3 des Reichvereinsgesetzes:

„Ein Verein, der bezweckt, politische Gegenstände in Versammlungen zu erörtern (politischer Verein), muß einen Vorstand und eine Satzung haben.“
beantragte Zusatz:
„Nicht als politische Vereine gelten solche Vereine, deren Zweck ist, gütliche Lohn- und Arbeitsbedingungen für ihre Mitglieder oder weitere Kreise herbeizuführen oder zu erhalten, auch wenn sie bei Verfolgung

ihrer Zwecke auf politische Parteien, auf die Verwaltung, Verwaltung und Beschäftigung des Staates oder anderer öffentlicher Körperschaften einzuwirken suchen.“

Dieser letzte Zusatz wurde dem Reichskanzler zur Berücksichtigung überwiesen, die übrigen Teile des Notvereinsgesetzes glatt angenommen.

Auch sonst boten die Reichstagsverhandlungen mancherlei Interessantes, worüber in der Tagespresse berichtet ist. Die erfreulichste Tatsache erblickten wir darin, daß bei der Abstimmung über den Gesamtetat des Reiches zum ersten Male auch die Sozialdemokraten für den Etat stimmten. Diese Freude kann auch nicht beeinträchtigt werden dadurch, daß ein Teil der Partei, weil er aus prinzipiellen Gründen für die Zustimmung nicht zu haben war, sich vorher entfernt hatte und zwei Abgeordnete bei der Abstimmung sitzen blieben.

Das deutsche Volk kann auf diese Tagung seiner Vertretung stolz sein, und seine Feinde werden von neuem erkennen, daß nicht nur unsere Soldaten draußen im Felde ihre Schuldigkeit tun, sondern daß auch die Dabeigeblichen sich ihrer Pflichten bewußt sind und alles daran setzen wollen, daß das deutsche Volk siegreich aus dem ihm aufgezwungenen Kampfe hervorgeht.

Die Aufbietung des wirtschaftlichen Landturnms.

Von Dr. V. Karoslaw, Berlin-Grünwald.

Rot bricht Eisen. Rot bricht auch mit veralteten Vorurteilen und Rechtsbegriffen, die wie eiserne Ketten unser Wirtschaftsleben bisher einschürten und an der vollen Entwicklung hinderten. Zu solchen nicht mehr zeitgemäßen Anschauungen, die der Krieg rücksichtslos über den Haufen gerannt hat, gehört auch die, daß ein jeder mit seinem Besitze halten und wahren könne, wie er wolle. Der Staat, der vom einzelnen mit der allgemeinen Wohlthat den Einlaß der gesamten Persönlichkeit und die Drangabe seines Lebens fordert, er darf auch vor dem empfindlichsten Eingriff in die Rechte des Privatigentums nicht zurückweichen, wo das öffentliche Interesse es erfordert. Nicht nur des Staatsbürgers leibliche Existenz, sondern auch sein Besitz, das Dasein und die Habe gehören dem Staate, der ihrer in Not bedarf. Wir erleben heute, daß er seine Hand allenthalben auf die Erzeugnisse der Landwirtschaft legt, und wir werden wahrscheinlich in kürzester Zeit erleben, daß er seine Hand auch auf die landwirtschaftlichen Arbeitsmittel legt, soweit sie nicht in der intensivsten Weise für die Befriedigung des Volksbedarfs ausgenutzt werden.

Das wertvollste Arbeitsmittel der Landwirtschaft ist der Grund und Boden. Derjenige Besitzer, der in diesem Jahre anbaufähiges Land nicht unter den Pflug nimmt, verüßigt sich an seinen Volksgenossen weit schwerer als der Landwirt oder Händler, der Getreide und Kartoffelvorräte zurückhält. Indem er sich darauf verläßt, daß die Grundrente auch ohne sein Zutun und ohne seine Arbeit weiter steige, treibt er Bodenwucher der schlimmsten Art, der weit verderblicher ist als Warenwucher. Denn dieser verteuert nur, jener aber verringert unser täglich Brot; dieser schraubt, jener raubt. Seine Tätigkeit, vielmehr seine Untätigkeit ist also fluchwürdiger als der Vlododerkrieg des äußeren Feindes. Schon machen sich zahlreiche einflußreiche Stimmen vernachlässigbar — und zwar, wie viele Aufschriften an die Fachpresse beweisen, gerade aus den Kreisen der Landwirtschaft selbst — die da sagen: Wer in diesem Jahre die Pflichten des Besitzes verkümmert, indem er Deland brach liegen läßt, hat damit das Verfügungs-

recht über seinen Boden zum mindesten während der Kriegszeit verwirkt; sein Land unterliege der Zwangsverpachtung, sei es an den Staat, sei es an solche Privats oder Genossenschaften, die sich zur sachgemäßen Bestellung verpflichten. Andere aber gehen weiter und sagen: Wer in diesem Säcularjahre 1915 die Pflichten des Besitzes vernachlässigt, wo sein oder Nichtsein des Vaterlandes mit von seinem Land oder Nichttum abhängt, der hat dadurch überhaupt das Recht auf den Besitz verwirkt; sein Land unterliege der Zwangsenteignung, sei es an den Staat, sei es an solche Privats oder Genossenschaften, die sich zur dauernden sachgemäßen Bestellung verpflichten.

Wie kommt es, daß in Deutschland noch soviel Boden brach liegt, daß etwa ein Viertel des gesamten Arealen als Weidland zu bezeichnen ist? Wir müssen da unterscheiden zwischen dem sogenannten Heide- oder Geestland einerseits und dem Moor- oder Sumpf- und Fland andererseits. Das letztere kam nur durch umfangreiche Meliorationen und Drainierungen urbar gemacht werden, die lange Zeit gebraucht und vor allem das Miteinbearbeiten vieler Besitzer mit ausdauerndem Interesse nötig machen. Mühselige Vorarbeiten unterworfene, und bodentypischer Art sind erforderlich, und die Frucht dieser Mühen wirkt erst nach Jahren. Was also in der Richtung der Moor- und Sumpfkultur in diesem Jahre, gestützt auf das zahlreiche Vermächtnismaterial der Kriegsepoche, angebahnt wird, ist gewiß hocherfreulich, kommt aber für die Ernährung im nächsten Jahre nur zum Teil in Betracht. Deutschland aber muß sich gegenwärtig halten, daß es während des Krieges von der Hand in den Mund leben wird, und da kann denn nicht häufig genug und nicht eindringlich genug eine Lathase gebrocht werden: In dem Heide- oder Geestland besitzen wir Zehntausende von Quadratkilometern, deren Bodenbeschaffenheit eine unmittelbare, sofortige Verwertung unserer Mundvorräte gestattet. Wer 1915 hier fäet, wird 1916 hier ernähen. Warum also, so fragen wir wieder, bleibt dieses Weidland ungenutzt? Warum verjagt hier das wohlverstandene Eigeninteresse, diese vielgerühmte, oft beherrschte Betriebskraft des manchesterlichen Wirtschaftsystems? Das kommt einmal daher, daß viele Bauern ihren eigenen Vorteil bisher eben nicht wohlverstanden haben, nicht wissen oder nicht wollen von den Erzeugnissen der landwirtschaftlichen Technik, die durch reichliche Düngung und mechanische Tiefpflügung aus dem ärmsten Boden Ertrag abströmt. Zweitens aber kommt es daher, daß, wie schon erwähnt, man als ländlicher Besitzer, ähnlich dem städtischen Terrainpekulanter, sich sagt: Mögen andere sich um die Verbesserung ihres Bodens bemühen, den Vorteil schänden wir doch mit durch Steigerung unserer Bodenwerte. So haben in der Vimeburger Heide weitsehende und großzügige Landwirte durch jahrelange Arbeit aus einer romantischen Wäldenei ertragsreiche Wiesen, Forst- und Ackerland hervorgeraubert. Die Folge war, daß auch für den ungenutzten Boden ringsherum heute das fünffache des ursprünglichen Preises gefordert wird. Meistert erfrühen ist zweifellos bequemer als ihn zu erarbeiten und selbst die Sand an den Pflug zu legen.

Mit diesem Schlenidran also wird der Krieg aufzuräumen. Der erste Schritt ist die Preussische Ministerialverordnung vom 7. November 1914, die es ermöglicht, urbarzumachende Weidländerien auch ohne Zustimmung der Eigentümer auf gewerkschaftlichem Wege in Nutzung zu nehmen. Es ist nur der erste Schritt, denn, ob die „Möglichkeit“ zur „Wirksamkeit“ wird, das hängt von dem guten Willen und der initiativen Begabung der ausführenden Organe, Landräte bezw. Gemeindevorsteher, ab, und die Gefahr ist zu dringend, als daß man uns „ruhig abwarten“ predigen dürfte. Es darf nicht wieder wie bei der Konsumregulierung kostbare Zeit vergeudet werden, bevor die Anregungen und Ermahnungen sich zu Zwangs- und Gesetz verdrängen. Ausichtsreiche Bestrebungen sind daher im Gange, in der bereits angegebenen Richtung die letzten und einzig richtigen Konsequenzen zu ziehen.

Das Programm dieser Bewegung lautet: Scharfste Feststellung der Mengen und der Besitzer des anbaufähigen Weidlandes. Aufforderung dieser zur eigenen Bearbeitung innerhalb kürzester Frist, eventl. Zwangsverpachtung oder Zwangsenteignung der nicht bestellten Ländereien an den Höchstbietenden. Werben sich Mieter finden? Mindestens 1% Millionen Bauern, Bauernsöhne und landwirtschaftliche Arbeiter stehen unter den Waffen,

die Zahl wächst täglich durch neue Einberufungen. Wer aber von den Daheimgebliebenen Landwirt von Beruf ist, steht längst an dem Posten, wo er seine Erfahrungen am besten verwerten kann. Zwar, Arbeitskräfte mögen unsere Gefangenenlager genügend darbieten, auch an Kapital wird es nicht fehlen, denn Geld fließt im Kriege keine Rolle, und der Staat ist bereit, mit Vorkursen beizuspringen. Aber es fehlt an Sachverständigen, die landwirtschaftliche Arbeit umsichtig organisieren können und dabei selbst mit Hand anzulegen verstehen.

Hiermit komme ich zu dem unmittelbaren praktischen Zweck, den diese Zeilen verfolgen. Unter der städtischen Bevölkerung gibt es eine beträchtliche Zahl aus den Arbeiter-, Beamten- und anderen Berufsgruppen, die vom Lande stammen, von Landwirtschaft etwas verstehen und dieser Arbeit noch nicht gänzlich entwöhnt sind; das sind die „führungs- und aufstiegsfähigen“ für den „wirtschaftlichen Landsturm“, den es zu organisieren gilt. Zum großen Teil ist ihre heutige Beschäftigung bei weitem nicht so dringlich wie der Ackerbau. Eine Zeitlang letzte freilich die deutsche Volkswirtschaft ihre Ehre und ihren Stolz daran, auch während des Krieges mit allen Kräften in der bisherigen Richtung zu beharren: Aber auch hier heißt es immer neu umlernen; so hart und traurig es klingt, heute hat nur diejenige Arbeit Wert, die der Lebenserhaltung des eigenen oder der Lebensverrichtung des feindlichen Volkes dient. Alle Industrien, die auf Lebensverfeinerung, auf Verschönerung und Lebensannehmlichkeiten oder erleichterungen abzielen, werden immer weiter abbrodeln. Das sollten sich alle diejenigen beizeiten gesagt sein lassen, die heute noch von solcher Tätigkeit leben und die gleichzeitig irgendwie das Zeug und die Erfahrung zum Landwirte haben.

Darum sollten die Arbeiterorganisationen, die Arbeitsnachweise und sonstige geeignete Körperschaften, rechtzeitig daran denken, gleichsam die Stammrolle vorzubereiten, in die sich Interessenten, unter näherer Angabe ihrer besonderen Eignung und etwa verfügbarer geldlicher Mittel, einzuschreiben hätten. Auch der Rahmen für Arbeitskolonnen und Genossenschaften, sowie sonstige wirtschaftliche Neufundationen könnte schon jetzt gebildet werden, damit alles bereit steht, sobald das Gegenstück dieser Stammrolle, das Kataster der unbenutzten Weidflächen und ihrer Besitzer, fertig- und rechtzeitig registriert, und die Ausgleichung böte weniger Schwierigkeiten.

Der Krieg hat uns schon mancherlei wirtschaftliche Ueberraschungen und Neuschöpfungen gebracht. Heute liegen hier das Land, dort die Leute brach. Morgen mag der Staat das Aufgebot und die Entziehung beider beschließen. Sorgen wir, daß es einmal in der Geschichte dieses Krieges heißen wird: „Der Acker rief, und alle, alle kamen!“

Konsumenten und wirtschaftliche Disziplin.

Ueberraschend schnell hat sich das deutsche Volk an die völlig veränderten Verhältnisse gewöhnt, die durch die wirtschaftlichen Maßnahmen der Regierung in den letzten Monaten eingetreten sind. Die staatliche Regelung des Handelsverkehrs mit den wichtigsten Nahrungsmitteln setzte weitestgehend, verständnisvolle Mitarbeit der Verbraucher voraus, wenn ihre praktische Durchführung nicht auf große technische Schwierigkeiten stoßen sollte. Wohl haben, wie ja gar nicht anders möglich, in den ersten Tagen nach der Beschlagnahme der Getreidevorräte, nach der Einführung der Brotkarten kleine Reibungen, Störungen und Schwankungen im Wirtschaftsleben sich nicht ganz vermeiden lassen; heute aber haben sich bereits — das darf man, ohne zu übertreiben, behaupten — alle Räder des volkswirtschaftlichen Betriebes auf das neue Tempo eingelassen, und alles vollzieht sich auf den neu geregelten Gebieten des Wirtschaftsverkehrs glatt und geräuschlos.

Ein Triumph der organisatorischen Kräfte des deutschen Volkes ist diese spielend leichte Anpassung, die wir in den letzten Wochen sich vollziehen sahen, der organisatorischen Kraft, die durch eine lange und gründliche Schule der Organisation erprobt und gefestigt worden ist. Wie oft hat man nicht im Auslande die deutsche „Bereinsmeierei“ spöttisch belächelt, wie oft nicht im Lande selbst über die Menge unserer Organisationsgewalt, die wohl jeden Deutschen in mindestens einem Verein oder Verband umschließt! Jetzt mag wohl nicht nur bei uns, sondern auch im Auslande in empha-

tigen Köpfen ein anderes Urteil Platz greifen; denn nicht laut genug kann es gesagt werden: Dadurch, daß jedem Deutschen, der irgend einer Gruppe, irgend einem Verbände angehört, als Bedingung dieser Zugehörigkeit die Erkenntnis der Notwendigkeit einer Unterordnung unter das Wohl dieser Gemeinschaft sowie ein lebendiges Gefühl für Disziplin eingeimpft wird, ist er von vornherein in ganz besonderer Maße befähigt, sich nicht nur blind gehordend, sondern mit vollem Verständnis der Disziplin zu fügen, die jetzt das Vaterland bei der Durchführung der wirtschaftlichen Maßnahmen vom Staatsbürger fordern muß. Und nur eine solche verständnisvolle Anpassung konnte das glatte Funktionieren der ungeheueren Umschaltung des wirtschaftlichen Apparates, wie sie erfolgte und noch ständig weiter erfolgt, gewährleisten.

Die Lebendig dieses Gefühl für Disziplin und für Organisation bei den Verbrauchern ist, haben sie gezeigt, indem sie es verstanden haben, sich jetzt im Kriege eine eigene zentrale Organisation zur Ueberwachung der Durchführung der Regierungsmaßnahmen sowie zur Erstrebung ihres weiteren Ausbaues zu schaffen, den Kriegsaussschuß für Konsumenteninteressen, dem bisher schon 7 Millionen deutsche Verbraucher angehören, dem auch unser Gesamtverband angegeschlossen ist und der bereits eine äußerst erfolgreiche Tätigkeit entfalten konnte, über die zu berichten wir mehrfach Gelegenheit hatten.

Schlagender konnte der Wert jeder Organisation durch seine Theorie dargetan werden, als es jetzt durch die Ereignisse geschah. Nun aber haben Disziplin und Organisation weiter für das Funktionieren der wirtschaftlichen Maschine zu sorgen. Die Disziplin muß jeden dazu veranlassen, aufs strengste nicht nur in seinem eigenen Interesse, sondern soweit sein Blick überhaupt reicht, darüber zu wachen, daß die wirtschaftlichen Vorschriften ihrem Wortlaut und Absicht nach genauestens befolgt werden, von Konsumenten, auch ganz besonders vom Händler und Produzenten; das Disziplingefühl muß jedem die Notwendigkeit ins Bewußtsein hämmern, daß der Einzelne die Pflicht hat, zum Wohle aller jetzt sein wirtschaftliches Leben zu regeln, und daß jeder Bruch dieser Disziplin durch Witterung an die zuständige Organisation zur Weitergabe an obgenannte Kriegsaussschuß oder an die Polizeibehörden schonungslos zu ahnden ist. Jeder Einzelne ist jetzt mehr denn je zu seinem Teile verantwortlich für das Heil des Ganzen. Deutscher Organisationsgeist, deutsche Disziplin werden, wie militärisch, so auch wirtschaftlich uns zum Siege führen!

Allgemeine Rundschau.

Freitag, den 26. März 1915.

Unser Gewerbeverein der Fabrik- und Handarbeiter hat auf seiner letzten Generalversammlung in Düsseldorf beschloffen, den Sitz seines Vorortes nach Berlin zu verlegen. Demgemäß wird das Bureau des Gewerbevereins am 1. April nach unserm Verbandshaus in Berlin, Greifswalderstraße 221/23, verlegt.

Schon früher einmal ist Berlin der Vorort des Gewerbevereins der Fabrik- und Handarbeiter gewesen, und zwar bis zum Jahre 1875. Damals bewirkten innere Streitigkeiten, daß der Sitz nach Burg bei Magdeburg verlegt wurde. 40 Jahre ist er dort verblieben. Von rund 2600 ist in diesem Zeitraum die Zahl der Mitglieder auf etwa 19 000 gestiegen. Ein städtischer Erfolg, wenn man die Schwierigkeiten in Betracht zieht, die gerade die Ausbreitung unserer Ideen zu überwinden hat.

Der nicht nur um die Entwicklung seines Gewerbevereins, sondern um die Förderung der gesamten Gewerbevereinslage hochverdiente bisherige Generalsekretär und Redakteur des „Fabrik- und Handarbeiter“, Kollege Sahn, scheidet mit der Ueberführung des Hauptvorstandes nach Berlin wegen seines hohen Alters aus seinem Amte aus. Was er als Mitarbeiter von Dr. Max Birch für dessen Ideen gewirkt hat, wird ihm unvergessen bleiben. Der Dank und die Anerkennung seines Gewerbevereins und der Leitung des Gesamtverbandes sind ihm für alle Zeiten sicher. Den Hauptvorstand heißen wir schon heute in Berlin herzlich willkommen. Wir sind überzeugt, daß durch die Ueberführung ein noch besseres Zusammenarbeiten in der Verbandsgemeinschaft ermöglicht wird, und geben deshalb der freudigen Hoffnung Ausdruck, daß mit diesem Schritte die Weiterentwicklung unserer Bewegung um ein gutes Stück gefördert wird.

Seinen der bekanntesten wirtschaftlichen Gelehrten in anderen Ländern Bodenreform den Fortschritten der deutschen Arbeiterbewegung auch für die Wirken des

Ueber das preußische

kannt: In letzter der durch die Person der Sozialen durch den durch den Beschäftigten der Arbeit Lebensfreude Vertrauen sich einnehmend für handeln, das welches die einfließen los, und es Stellen diese

Die La gang oder d keine Veränd begründen. die Verform Eine Minde könnte nur l Erwerb zulaufe ist so gangberecht meßbarem G geschäftlich ist der durch de Fußes erwer der dem G sprechenden 27 Mark mo gleichviel we der Beschäfti Verlekte hab wendung ein wollende Pa teile für den

Die fäch Landeskonf Kriegstage Feuerungsbe Förderungen

1. Allen Tage eine Tag und
2. allen Tage eine Tag
1. März 1915
3. Die jedem Arbeiter Lohn zu er
4. Es soll sichten u Verfahren wer schaft gleich finden.
5. Die C it aufzuhe
6. Das G befeitigen.

Jerner n nete Schritte Streitigkeiten Arbeitgebern Einigung Dingen wirk ungsamt m Wöme mit z lichen Bertrr Frage seitens als zuzuhil wichtige Fra vom Wohle n beim Minist broden wer Eingabe bet wendigen W wirtschaftliche

Seinen 80. Geburtstag beging am 25. März der bekannte Sozialökonom Professor Adolf Wagner in Berlin. Wenn wir auch mit den wirtschaftspolitischen Anschauungen dieses großen Gelehrten nichts gemein haben, so müssen wir doch andererseits anerkennen, daß Professor Wagner als Bodenreformer und als Sozialpolitiker jederzeit den Fortschritt gefördert hat. Deshalb darf auch die deutsche Arbeiterschaft diese Gelegenheit benutzen, an diesem Tage dem berühmten Gelehrten ihre Glückwünsche darzubringen. Möge ihm auch für seinen Lebensabend noch ein erfolgreiches Wirken beschieden sein!

Ueber die Renten der Kriegsinvaliden gibt das preussische Kriegsministerium folgendes bekannt:

In letzter Zeit ist die Frage der Beschäftigung der durch den Krieg in ihrer Gesundheit geschädigten Personen in der Presse lebhaft erörtert worden. Im sozialen und wirtschaftlichen Interesse ist es wünschenswert, wenn die Kriegsinvaliden durch Berufsberatungsstellen, Arbeitsnachweise usw. möglichst frühzeitig wieder einer lohnbringenden Beschäftigung zugeführt werden. Der Segen der Arbeit wird sich bald in einer gesteigerten Lebensfreudigkeit und in dem Wiedererlangen des Vertrauens auf die eigene Kraft zeigen. Anscheinend sind aber bei einzelnen Befragten vorhanden, daß die Aufnahme lohnbringenden Erwerbes die Höhe der Rentenzahlung ungünstig beeinflussen könnte. Eine solche Beforgnis ist grundlos, und es wäre erwünscht, wenn alle beteiligten Stellen dieser Auffassung entgegenträten.

Die Tatsache der lohnbringenden Beschäftigung oder die Höhe des Verdienstes kann allein keine Veränderung oder Entziehung der Rente begründen. Eine Anrechnung des Verdienstes auf die Versorgungsgebührensätze ist unzulässig. Eine Minderung oder Entziehung der Rente könnte nur bei einer wesentlichen Steigerung der Erwerbsfähigkeit eintreten. Die Kriegszulage ist so lange fortzuführen, als der Versorgungsberechtigte in seiner Erwerbsfähigkeit im meßbaren Grade, also mindestens um 10 Prozent geschädigt ist. So würde zum Beispiel jemand, der durch den im Kriege erlittenen Verlust eines Fußes erwerbsbeschränkt geworden ist, stets neben der dem Grade seiner Erwerbsunfähigkeit entsprechenden Rente die Kriegszulage beziehen, gleichviel welches Einkommen er aus lohnbringender Beschäftigung hat. Weder Arbeitgeber noch Verletzte haben daher zu befürchten, daß die Verwendung eines solchen Verletzten und die wohlwollende Zahlung höherer Löhne schädliche Nachteile für denselben herbeiführen könnte.

Die sächsischen Bergarbeiter haben auf einer Landeskonferenz beschlossen, mit Rücksicht auf die Kriegslage und die dadurch hervorgerufenen Feuerungsverhältnisse beim Ministerium folgende Forderungen einzureichen:

1. Allen verheirateten Arbeitern unter und über Tage eine Feuerungszulage von 80 Pfg. pro Tag und
2. allen unverheirateten Arbeitern unter und über Tage eine Feuerungszulage von 40 Pfg. pro Tag ab 1. März 1915 zu bewilligen.
3. Die Bedinge sollen so gestellt werden, daß es jedem Arbeiter möglich ist, einen auskömmlichen Lohn zu erzielen.
4. Es sollen nicht mehr als zwei bis vier Ueberzähligen von dem einzelnen Arbeiter monatlich verfahren werden, und müssen dieselben in der Belegung gleichmäßig auf alle Arbeiter Anwendung finden.
5. Die Sperre, soweit eine solche noch besteht, ist aufzuheben.
6. Das System der schwarzen Listen ist zu beseitigen.

erner wird das Ministerium erwidert, geeignete Schritte einzuleiten, daß zur Schlichtung von Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeiter des Bergbaues ein Einigungsamt errichtet wird. Vor allen Dingen würde sich, so wird ausgeführt, das Einigungsamt mit der Bewerdung über unzureichende Löhne mit zu beschäftigen haben, weil die gesetzlichen Vertreter der Arbeiter bis jetzt in der Lohnfrage seitens der Arbeitgeber fast allgemein nicht als zuständig beschieden worden seien. Auch die wichtige Frage über eine ausreichende Förderung von Kohle während der Kriegszeit soll in einer beim Ministerium nachgesuchten Audienz besprochen werden. Sollten, so wird am Schluß der Eingabe betont, infolge Mangels an Kohle die notwendigen Maßnahmen auf militärischem sowie wirtschaftlichem Gebiete gefährdet werden, so wür-

den die Bergarbeiter jederzeit bereit sein, alles zu tun, was das Vaterland und das allgemeine Interesse erfordern.

Die amerikanische „Neutralität“ im Lichte der Zahlen. Nach einer Auffstellung der „New Yorker Staatszeitung“ lieferten die Vereinigten Staaten für die belgischen und nordfranzösischen Schlachtfelder im Dezember 30 687 Pferde und 2666 Maul-eisel im Gesamtbetrage von etwa 9 1/2 Millionen Dollars. Im August betrug die Ausfuhr nur 902 Stück. Sie stieg dann von Monat zu Monat; so 7327 im September, 12 286 im Oktober und 29 106 im November. Der Krämergeist führt selbst mehr Pferde aus, als für die Kriegsbereitschaft der Vereinigten Staaten gut ist. An Automobilen wurden 1279 ausgeführt, gegenüber 88 im Dezember des Jahres zuvor. Die Lieferung von Waffen belief sich während des letzten Dezembers auf 1 098 158 Dollar, jene von Patronen auf 1 098 875 Dollar. An Granaten, Schrapnells und ähnlicher Munition wurden unseren Gegnern für 980 665 Dollar gesandt. Derartige Zeichen der „Neutralität“ sind im letzten Dezember den Engländern und Franzosen von den Vereinigten Staaten um 950 Prozent mehr geliefert als im Dezember des Jahres 1913. Außerordentlich war auch die Ausfuhr von Zinkblechen für die Schießengraben unserer Feinde. Sie betrug 36 632 27 Pfund gegen 136 000 Pfund im Dezember zuvor. Die Ausfuhr von Schleiher für Soldatenstiefel stieg von 353 000 Dollar im Dezember des Vorjahres auf 3 608 000 Dollar im gleichen Monat 1914. Zude- rsteigerte sich in dem gleichen Monat auf 74 Mil- lionen Pfund, statt 4 Millionen, die Ausfuhr von Seife um 60 Prozent, die von Decken von 103 000 Dollar auf 2 279 000 Dollar, die Ausfuhr von Kleiderstoffen für Militär um 700 Prozent, jene von getrockneten Keffeln um 500, von Socken für Autobetrieb um 250, von Schmalz und Schmalz- jurrogaten nach Frankreich um 400, nach England um 250 Prozent. Schuhe erhielt Frankreich im Dezember für seine Soldaten aus den Vereinigten Staaten 250 146 Paar gegen 6101 im gleichen Mo- nat des Vorjahres. Das sind geradezu ungeheuer- liche Steigerungen. Aber die Beweise für die „ehrliche Neutralität“ sind noch nicht zu Ende. An Fleischwaren führten die Vereinigten Staaten im Dezember aus nach England 3 737 000 Pfund, nach Frankreich 934 000 Pfund, nach dem ganzen übrigen Europa 234 000 Pfund; Wollfleisch gingen 1 942 000 Pfund nach England, nach dem übrigen Europa, mit Ausnahme von Frankreich, 233 950 Pfund. Unser französischer Gegner erhielt allein 6 215 341 Pfund frisches Fleisch und 1 526 000 Pfund Speck im Dezember von den Vereinigten Staaten, England gar 14 331 000 Pfund Speck. Die Lieferung von Puffeln an unsere Gegner stieg um 1500 Prozent, die Steigerung der Kaffee- lieferungen war ganz ungeheuerlich.

So sieht die amerikanische „Neutralität“ zahlenmäßig aus. Es ist sehr zu bedauern, daß durch dieses Abweichen von dem christlichen völkerrechtlichen Wege die bis vor dem Kriege so freund- schaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten ernstlich gefährdet werden. Beide sind in ihrer Ein- und Ausfuhr und in vielen anderen Dingen aufeinander angewiesen und die gegenseitigen wirtschaftlichen und sozialen Verbindungen beider sind so eng, umfangreich und vielfältig, daß sie wegen materieller Augen- blickserfolge nicht auf das Spiel gesetzt werden oder auch nur beeinträchtigt werden sollten.

Außerdem aber sollten die führenden Männer in den Vereinigten Staaten auch bedenken, daß durch die Kriegslieferungen der Krieg nur in die Länge gezogen und dadurch der übrige Handel Amerikas so schwer beeinträchtigt wird, daß da- durch die scheinbaren Vorteile durch die Lieferung von Kriegsmaterial mehr als reichlich wieder auf- gehoben werden.

Teure Gesundheitszeugnisse für heimkehrende Bergarbeiter. Der stellenweise Mangel an Berg- arbeitern, so schreibt die „Soz. Prax.“, hat nicht nur die Geesesbehörden, den Eingaben der berg- baulichen Vereine entsprechend, veranlaßt, die Be- zirkskommandos anzupfeifen, die im Bergbau be- schäftigten ausgebildeten und unausgebildeten Landsturmpflichtigen grundsätzlich von der Ein- berufung zurückzustellen (allerdings mit der Ein- schränkung, daß über Lage beschäftigte Arbeiter nur dann zurückzustellen sind, wenn der Nachweis geführt wird, daß es nicht möglich ist, sie durch un- gelernte Arbeiter aus der Zahl der Arbeitslosen zu erfassen), sondern scheint auch dabei mitzu- sprechen, daß Vergleute, die sich für den Felddienst nicht volltauglich erweisen, rasch in die Heimat entlassen werden. Diese Heimgeschickten stoßen nun aber selbamerweise auf Schwierigkeiten bei

der Biedereinstellung, wie man in einer Zeit, wo ständig über die Erwerbsfürsorge der Kriegsver- letzten verhandelt wird, nicht erwartet hätte. Um nämlich auf den Boden wieder eingestellt zu wer- den, müssen die vom Heere entlassenen Vergleute zwei ärztliche Zeugnisse, ein „Anliegeattest“ und ein „Bummtattest“ beibringen. Jedes dieser Zeugnisse kostet aber 3 Mark. Diese Ausgabe wird von den Vergleuten, die längere Zeit aus der Arbeit ge- wesen sind und über wenig Darmittel verfügen, drückend empfunden, zumal jetzt jeder Pfennig im Haushalte dringend benötigt wird. Hier und da streben nun die Besonderewaltungen den Heim- kehrenden Leuten die 6 Mark für die beiden Zeug- nisse vor, lassen sich aber eine Erklärung unter- schreiben, daß das Geld am nächsten Lohntag abge- zogen werden kann. Es scheint daher der Wunsch der Vergleute durchaus berechtigt, daß die Knapp- schaftswartung dafür sorgt, daß die Unter- suchungen kostenlos erfolgen. Es liegt im Interesse aller Beteiligten, daß den wiederanzulegenden Knappen möglichst wenig Kosten und Schwierig- keiten bereitet werden.

Die 546. Veranstaltung des Vereins für Volks- unterhaltungen — die letzte in dieser Saison — findet am Sonntag, den 28. März, abends 7 Uhr, im Konzerthall der Königl. Hochschule für Kunst (Gardenbergstraße) statt. Es werden mitwirken: Frau Lolo Barnab (Gesang), Frau Helotte Berner (Nieder zur Gitarre und Biola d'amour), Herr Conrad Berner (Soli für Violine und Biola d'amour), Fräulein Sophie Bessmer (Rezitation).

Amflicher Teil.

Um über die Tätigkeit unserer Arbeitersekretariate, Rechtsauskunftstellen und Auskunftsbureaus im Jahre 1914 eine Uebersicht zu bekom- men, sandten wir Ende Januar Fragebogen aus, mit der Bitte, diese turnächst bald auszufüllen und an uns zurückzusenden. Das ist zum Teil ge- schehen, aber noch immer steht ein großer Teil unse- rer Kollegen mit der Beantwortung der Frage- bogen aus. Wir richten daher an diejenigen Kol- legen, die mit der Beantwortung der Fragebogen zur Zeit noch ausstehen, nochmals das Ersuchen, das Veräumte umgehend nachzuholen und uns die Fragebogen bis spätestens am 6. April einzu- senden.

Mit kollegialen Gruß!
Der geschäftsführende Ausschuß.
J. A. D. Pott h o f f, Verbandssekretär.

Aus dem Verbands.

Bremen. Der Ortsverband hielt am 14. März eine Versammlung ab, die auch von Frauen gut be- suchte war. Nachdem die Versammlung den Tod ver- schiedener auf dem Schlachtfelde gebliebener Mitglie- der geehrt hatte, sprach der Kollege M e s s e r t über: „Unsere Volksernährung und der englische Ausbun- gerungsplan“. Der Redner gab zunächst einen Ueber- blick über die Folgen, die der Krieg auf wirtschaftlichem Gebiete mit sich gebracht hat, und betonte, daß der Sieg nicht allein von unserem Heere, sondern auch von allen, die zu Hause geblieben sind, mit erlangen werden muß. England, welches entgegen allen Verein- barungen über Völkerrecht und Konterbande den Krieg zu einem Ausbungerungskrieg gemacht hat, soll kriegen, daß das deutsche Volk weiß, was es zu tun hat. Ein jeder einzelne muß bei uns mit dazu beitragen, daß wir mit den uns zur Verfügung stehenden Nahrungs- mitteln auskommen. In der an den Vortrag sich an- schließenden lebhaften Aussprache kam allerseits zum Ausdruck, daß auch wir als Arbeiter ein sehr lebhaftes Interesse an einem völligen Siege über unsere Feinde haben und daß deshalb auch die Unbequemlichkeiten, die die jetzigen Verhältnisse mit sich bringen, von allen getragen werden müssen.

Düsseldorf. In gut besuchter Ortsverbandsver- sammlung sprach hier am 14. März unser Kollege G i e s l i t, Duisburg über: „Unsere Volksernährung während des Krieges“. Der Vortragende wies auf die augenblickliche Lage wie auch auf die großartigen Er- folge unserer tapferen Truppen in West und Ost hin und lenkte die gebührend den völkerrechtlichen Plan der Engländer, uns durch Absperrung der Lebens- mittelzufuhr zum Verhungern zu bringen und da- durch die Niederlage Deutschlands herbeizuführen. Er gab dann in längeren Ausführungen die Richtlinien an, welche die Deutschemgebliebenen im Interesse des gesamten deutschen Volkes und Vaterlandes strikte einhalten müssen, um den uns zustehenden Sieg zu erringen. Nach einer scharfen Beurteilung der un- begründeten Preiskreuzerhöhung der Lebensmittel durch Produzenten und Händler richtete der Referent einen warmen Appell an die Anwesenden, bei diesem Kampfe unsere heckenmütigen Truppen tatkräftig durch Befol- gung der unbedingt notwendigen Maßnahmen zu unter- stützen und dadurch den Weltkrieg zum siegreichen Ab- schluss für Deutschland zu bringen. Der reiche Beifall, der dem Referenten gezollt wurde, bewies volles Verständ-

